

# AGF EuropaNews

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2024

### Inhalt

<b>Nachrichten aus den europäischen Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Parlament hat neue EU-Kommission bestätigt.....	1
EU-Parlament und EU-Rat verabschieden den Haushalt für 2025 .....	1
Europarat: Bericht und Deklaration zum Schutz von Minderjährigen vor schädlichen Online-Inhalten.....	1
EU-Kommission: Herbstpaket des Europäischen Semesters im neuen EU-Steuerungsrahmen.....	2
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>2</b>
Mehr als zwei Drittel der Umsetzungsberichte zur Garantie für Kinder liegen vor .....	2
Portugal verschiebt Verlängerung der Elternzeit.....	2
Irland erhöht als erstes Land der EU das Mindestalter für den Tabakkauf auf 21 Jahre.....	2
Schweden: mehr Befugnisse für Sozialdienste gegen Rekrutierung Jugendlicher durch Banden .....	2
Schweiz: Armut soll nicht mehr den Aufenthaltsstatus gefährden.....	3
Schweiz: Wohnsituation von alleinlebenden Frauen im Alter .....	3
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>3</b>
Weltkindertag: Stellungnahmen und Studie zur Lebenswirklichkeit von Kindern in Europa.....	3
Forderungen für Kinderschutz und Datenschutz beim Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch .....	3
Safer Internet Day 2025: „Keine Likes für Lügen!“ .....	4
WHO und UNICEF: Impfkampagne gegen Kinderlähmung im Gaza-Streifen beendet .....	4
G20: EU unterstützt die neue Globale Allianz gegen Hunger und Armut.....	4
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>5</b>
UNICEF: zur Lage der Kinder der Welt 2024 – die Zukunft der Kindheit in einer sich ändernden Welt .....	5
WHO Europa: zunehmender Druck in der Schule und abnehmende Unterstützung durch die Familie .....	5
OECD: PISA-Strategien zur Motivation benachteiligter Schüler:innen .....	5
Eurobarometer und FRA/Eurostat/EIGE: neue Umfragedaten zur Gewalt gegen Frauen .....	6
WHO: Bericht zur Bewegungsförderung in den EU-Mitgliedstaaten .....	6
ECDC: EU verfehlt Ziele beim Antibiotikaverbrauch.....	7
Studien von OECD und Gewerkschaftsverband: zu wenig Pflegekräfte, zu wenig Bezahlung.....	7
Studie zu Empfehlungen für Rentenreformen: finanzielle Nachhaltigkeit über alles? .....	7
OECD: Familienmigration spielt in der gegenwärtigen Migration eine große Rolle .....	7
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>8</b>

## Nachrichten aus den europäischen Institutionen

### EU-Parlament hat neue EU-Kommission bestätigt

Keine:r der Kandidat:innen für die neue EU-Kommission, die von den Mitgliedstaaten und der nominierten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgeschlagen waren (s. [AGF-EuropaNews 10/24](#)), wurde nach den mündlichen Anhörungen vom EU-Parlament abgelehnt. Jedoch musste der designierte ungarische Kommissar für Gesundheit und Tierschutz, Olivér Várhelyi, seine Zuständigkeiten für die Bereiche sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie Krisenvorsorge an die Belgierin Hadja Lahbib abgeben, die als EU-Kommissarin den Bereich Resilienz und Krisenmanagement sowie Gleichstellung betreuen wird. Die Kommissionspräsidentin und alle Kommissar:innen wurden per Blockwahl mit 370 Stimmen (282 Gegenstimmen und 36 Enthaltungen) gewählt. Die Kommission wurde daraufhin vom Europäischen Rat ernannt, so dass ihre fünfjährige Amtszeit am 1. 12. beginnt.

### EU-Parlament und EU-Rat verabschieden den Haushalt für 2025





In Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union war eine Einigung über den Haushaltsentwurf erzielt worden. Dabei wurden mehr als 230 Millionen Euro für Prioritäten wie Gesundheitsforschung, humanitäre Hilfe und Grenzschutz bereitgestellt. Der Gesamthaushaltsplan der EU für 2025 beläuft sich auf 199 Mia. EUR an Mitteln für Verpflichtungen (davon 155 Mrd. EUR an Zahlungen im Haushaltsjahr). Der Ministerrat und das Parlament haben den Haushaltsplan für 2025 nun abschließend gebilligt.

- [Rat der EU: Rat gibt grünes Licht für den Jahreshaushaltsplan](#) (mit Links zu detaillierten Dokumenten)
- [EU-Parlament: EU-Haushalt 2025 - Zentrale EU-Programme stärken, Fremdkapitalkosten bewältigen](#)

### Europarat: Bericht und Deklaration zum Schutz von Minderjährigen vor schädlichen Online-Inhalten

Ein neuer Bericht des Europarates befasst sich mit der EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL). Die Autor:innen befassen sich eingehend mit denjenigen Teilen dieser Richtlinie, die darauf abzielen, Kinder und Jugendliche vor Inhalten auf Videoplattformen zu schützen, die psychisch schädlich sein könnten. Der Bericht hilft dabei, schädliche Inhalte zu definieren, bevor er die verschiedenen in Europa verfügbaren Instrumente zum Schutz junger Menschen untersucht: Altersüberprüfungsmechanismen, Systeme zur Kennzeichnung von Inhalten und in die Parameter der Plattform integrierte Optionen zur elterlichen Kontrolle. Diese verschiedenen Mechanismen werden sowohl aus theoretischer und rechtlicher Sicht als auch im Hinblick auf ihre tatsächliche praktische Anwendung untersucht. Der geografische Geltungsbereich des Berichts erstreckt sich auf die Europäische Union, das Vereinigte Königreich, Norwegen, Liechtenstein, die Schweiz und Island.

Der Lanzarote-Ausschuss der Vertragsparteien des Übereinkommens des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch hat eine Erklärung verabschiedet, die sich mit dem Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, der durch neue Technologien erleichtert wird, befasst. Der Lanzarote-Ausschuss erinnert daran, dass Sexualstraftaten gegen Kinder unabhängig von den zu ihrer Begehung verwendeten Mitteln weiterhin unter Strafe gestellt werden sollten. In Anerkennung des besonderen Schadens, der durch künstlich erzeugtes und verändertes Material über den sexuellen Missbrauch von Kindern verursacht werde, fordert er die Staaten auf, die Herstellung solchen Materials unter Strafe zu stellen.

- [Europarat, European Audiovisual Observatory: AVMSDigest](#)  
- [EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste \(AVMD-RL\)](#)
- [Europarat, Lanzarote-Ausschuss: Declaration on protecting children against sexual exploitation](#)  

## EU-Kommission: Herbstpaket des Europäischen Semesters im neuen EU-Steuerungsrahmen

Im April ist eine umfassende Reform der wirtschafts- und haushaltspolitischen Steuerung in der EU in Kraft getreten. In diesem Rahmen gibt die EU den Mitgliedstaaten Empfehlungen für ihre Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und kann Defizitverfahren gegen Mitgliedstaaten empfehlen und einleiten. Nun hat die EU-Kommission das erste Herbstpaket von Empfehlungen des Europäischen Semesters seit der Reform vorgelegt. Deutschland (und vier weitere Mitgliedstaaten) hatten ihren dafür erforderlichen Fiskalplan noch nicht eingereicht, wofür die KOM jedoch Verständnis zeigt. Es sei wichtig, dass der Plan in Deutschland politischen Rückhalt habe, so die KOM. Deshalb werde nun die Durchführung der vorgezogenen Bundestagswahlen im Februar 2024 abgewartet.

- [EU-Kommission: Erstes Herbstpaket des Europäischen Semesters nach den neuen Regeln](#)

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Mehr als zwei Drittel der Umsetzungsberichte zur Garantie für Kinder liegen vor

Mit Frankreich, Kroatien und Slowenien haben jetzt 19 der 27 Mitgliedstaaten bei der EU-Kommission ihren ersten Fortschrittsbericht zur Europäischen Garantie für Kinder eingereicht. Die Frist zur Einreichung ist im März 2024 abgelaufen (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 7/24](#)). Der Fortschrittsbericht der Bundesregierung ist noch nicht erschienen.

- [EU-Kommission: Europäische Garantie für Kinder](#) (dort nach unten zur Aufklappliste „Select ...“ scrollen)

### Portugal verschiebt Verlängerung der Elternzeit

Neue Vorschläge zur Verlängerung der voll bezahlten Elternzeit in Portugal von vier auf sechs Monate sind derzeit in Arbeit, werden aber nicht vor 2025 verabschiedet. Zu den Änderungen soll auch die Verlängerung der alternativen Elternzeit mit 80 % des vollen Gehalts von fünf auf sieben Monate gehören. Begründet wird die Verzögerung mit einer nötigen Konsolidierung des Staatshaushalts. Eine Verabschiedung vor dem nächsten Jahr ist nicht zu erwarten.

### Irland erhöht als erstes Land der EU das Mindestalter für den Tabakkauf auf 21 Jahre

Das irische Parlament hat die Public Health (Tobacco) Bill 2024 verabschiedet. Damit wird das gesetzliche Mindestalter für den Verkauf von Tabakerzeugnissen auf 21 Jahre angehoben. Das Gesetz tritt im Februar 2028 in Kraft. Das Ziel des Gesetzes ist es, die Raucherquote bei Erwachsenen zu senken, die langjährig stabil bei 18 % gelegen hat.

### Schweden: mehr Befugnisse für Sozialdienste gegen Rekrutierung Jugendlicher durch Banden

Die schwedische Regierung hat einen Vorschlag vorgelegt, um den Sozialdiensten eine größere Rolle bei der Verhinderung des Beitritts junger Menschen zu kriminellen Banden zu geben. Dafür sollen die geltenden Vertraulichkeitsregeln zwischen öffentlichen Diensten angepasst werden. Um dem Rekrutierungsprozess von Kindern und Jugendlichen in kriminelle Banden entgegenzutreten, könne die Polizei künftig vertrauliche Informationen an die Sozialdienste weitergeben.

## Schweiz: Armut soll nicht mehr den Aufenthaltsstatus gefährden

Die parlamentarische Initiative „Armut ist kein Verbrechen“ schlägt vor, das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) so zu präzisieren, dass Ausländer:innen, die unverschuldet von Sozialhilfe abhängig geworden sind, nicht den Verlust ihrer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung befürchten müssen. Damit werde die Rechtsprechung des Schweizer Bundesgerichts kodifiziert. Die Initiative befindet sich jetzt bis März 2025 in einer Konsultationsphase.

## Schweiz: Wohnsituation von alleinlebenden Frauen im Alter

Alleinlebende Frauen der Babyboomer-Generation sehen sich auf dem Schweizer Wohnungsmarkt oft mit eingeschränkten Möglichkeiten konfrontiert. Dies zeigt eine neue Studie, welche die Wohn- und Lebenssituation dieser Frauen in der Schweiz beleuchtet. Die Untersuchung berücksichtigt neben der Wohnsituation auch finanzielle, gesundheitliche und soziale Aspekte und gibt Empfehlungen, wie ihre Lebensbedingungen im Alter verbessert werden können. Die Studie wurde von einer Hochschul-Forschungsgemeinschaft im Auftrag des Schweizer Bundesamts für Wohnungswesen und der Fondation Leenaards durchgeführt.

- [Bundesamt für Wohnungswesen: Alleinlebende Frauen der Babyboomer-Generation im Wohndilemma](#)

## Weitere Nachrichten

---

### Weltkindertag: Stellungnahmen und Studie zur Lebenswirklichkeit von Kindern in Europa

Am 20. November 2024 wurde zum 70. Mal der von den UN stipulierte Weltkindertag gefeiert. Die Europäische Kommission erklärt dazu: „Unsere wegweisende Europäische Garantie für Kinder zielt darauf ab, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen, indem wir gefährdeten Kindern den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Ernährung und sichere Unterkünfte gewährleisten“. Das EU-Parlament hat zum 35jährigen Jubiläum der Kinderrechtskonvention beraten. Am Weltkindertag hat Eurochild einen Bericht über bedürftige Kinder in Europa veröffentlicht, der Informationen aus 31 europäischen Staaten zusammenfasst und einen Überblick über die Lebenswirklichkeit von Kindern gibt. Der Bericht zielt darauf ab, bewährte und vielversprechende Praktiken, funktionierende Lösungen und länderspezifische Empfehlungen für EU-Entscheidungsträger:innen und nationale Regierungen aufzuzeigen. Der Bericht enthält 31 Länderprofile.







- [Gemeinsame Erklärung der EU-Kommission und des Hohen Vertreters anlässlich des Weltkindertages](#)
- [Eurochild: Children's Realities in Europe - Progress & Gaps !\[\]\(e6ddc77b791299d975007937cebef274\_img.jpg\)](#)

### Forderungen für Kinderschutz und Datenschutz beim Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch

Am Welttag zur Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch (CSA) haben ECPAT, Eurochild, terre des hommes, COFACE und 69 weitere zivilgesellschaftliche Organisationen die EU-Mitgliedstaaten und das EU-Parlament aufgefordert, die brachliegenden Vorschläge für eine EU-Verordnung gegen sexuellen Kindesmissbrauch (CSA-R) und eine ergänzende Richtlinie auf die Lebensrealitäten von Kindern hin maßzuschneidern und zu verabschieden. Die bisherigen Entwürfe sind vor allem an unterschiedlichen Vorstellungen zum Datenschutz gescheitert – das EU-Parlament und einige Mitgliedstaaten haben grundlegende Einwände geltend gemacht, und eine Einigung im Ministerrat ist seit einem Jahr nicht gelungen, trotz mehrerer Vermittlungsvorschläge (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 10/24](#)). Auf diesen Punkt geht die gemeinsame Erklärung nicht ein.

Der Verfassungsausschuss des finnischen Parlaments hat sich gegen den neuesten CSA-R-Entwurf des ungarischen Ratsvorsitzes ausgesprochen. Die Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch online müsse so gezielt und begrenzt wie möglich erfolgen, ein Verfolgen aller Nutzer:innen sei ein zu umfassender Eingriff. Ähnliche Vorbehalte hat das European Data Protection Board (EDPB) der EU-Kommission und einigen Mitgliedstaaten kürzlich mitgeteilt, denen zufolge die geplanten Einschränkungen nicht mit der Rechtsprechung des EuGH und EGMR vereinbar seien. Eigene konkrete Vorschläge wurden jedoch ebenfalls nicht entwickelt.

Auf eine schriftliche Anfrage aus dem EU-Parlament teilte die EU-Kommission mit, dass sie ein Netzwerk zur Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch einrichte, um Forscher:innen und Fachleute aus der Praxis zusammenzubringen und die Mitgliedstaaten bei der Einführung wirksamer Präventionsmaßnahmen zu unterstützen. Die Arbeit des Netzwerks diene als Ausgangspunkt für die möglichen Aufgaben, die das geplante EU-Zentrum zu sexuellem Kindesmissbrauch (EUCSA) im Bereich der Prävention wahrnehmen würde. Weitere Arbeiten zur Einrichtung des EU-Zentrums seien nicht möglich, solange die interinstitutionellen Verhandlungen über den Vorschlag noch laufen.

- [Open Letter to EU decision makers: Stop the Child Sexual Abuse Crisis now!](#)  
- [EDPB: Statement 5/2024 on the Recommendations of the HighLevel Group on Access to Data](#)  
- [EU-Parlament: Antwort auf Anfrage E-001904/2024 \(13.11.2024\)](#)  

### Safer Internet Day 2025: „Keine Likes für Lügen!“

Die EU-Initiative klicksafe ruft für den 11. Februar zur Teilnahme am Safer Internet Day 2025 auf. Im Zentrum steht die Aufklärung und Befähigung von Kindern und Jugendlichen zum Erkennen von Falschinformationen sowie populistischen und extremistischen Narrativen. Hierzu ruft die Initiative dazu auf, Aktionen zum Safer Internet Day bei klicksafe anzumelden. Ob Schulen, Unternehmen, Behörden, Medienhäuser, Start-ups oder Vereine – alle, denen das Thema Online-Sicherheit und Medienkompetenz ein Anliegen ist, seien gefordert, sich aktiv am Safer Internet Day zu beteiligen, entweder zum Schwerpunktthema oder mit ihren eigenen Themen für ein besseres Internet.

- [klicksafe: Safer Internet Day 2025](#)

### WHO und UNICEF: Impfkampagne gegen Kinderlähmung im Gaza-Streifen beendet



Nachdem die dritte Phase der aktuellen Impfkampagne gegen Polio (Kinderlähmung) im Oktober verschoben werden musste (s. [AGF-EuropaNews 10/24](#)), konnte sie zu einem Teil im nördlichen Gazastreifen fortgesetzt werden. Dadurch hätte das für die Wirksamkeit der Impfung wichtige Ziel nicht erreicht werden können, mindestens 90 % der Kinder in jeder Gemeinde mit zwei Dosen zu impfen. Insgesamt sei es gelungen, 94 % der 591.714 Kinder unter 10 Jahren zweimal zu impfen, aber im nördlichen Gaza sei nur eine Impfquote von 88 % erzielt worden, und 7000 bis 10.000 Kinder in unzugänglichen Dörfern seien nicht geimpft worden, was das Risiko der Ausbreitung der Kinderlähmung erhöhe.

- [WHO and UNICEF: Second round of polio campaign in Gaza completed amid ongoing conflict](#) 

### G20: EU unterstützt die neue Globale Allianz gegen Hunger und Armut

Während der Plenarsitzungen des G20-Gipfels in Rio de Janeiro kündigte die Präsidentin der EU-Kommission an, dass die EU die neue, 82 Länder umfassende Globale Allianz gegen Hunger und Armut als Gründungsmitglied

unterstützen werde und bereit sei, Verpflichtungen in Bezug auf alle ihre Komponenten einzugehen. Die Präsidentin betonte, dass sie sich verpflichtet habe, die Bekämpfung der Armut in Europa zu einer Priorität zu machen: „Erst vor Kurzem haben wir angekündigt, dass die Europäische Union die erste Strategie zur Bekämpfung der Armut überhaupt vorschlagen wird. Diese Strategie umfasst beispielsweise eine Garantie für Kinder. Denn jedes Kind muss von einem frühen Alter an Zugang zu kostenloser Bildung haben. Jedes Kind braucht in der Schule mindestens eine gesunde Mahlzeit pro Tag.“ Die neue Allianz hat Eingang in die Abschlusserklärung der G20 gefunden, ebenso wie das Vorhaben, extrem reiche Personen wirksam zu besteuern.

- [EU-Kommission: Präsidentin von der Leyen nimmt am G20-Gipfel teil](#)
- [Global Alliance against Hunger and Poverty](#) 
- [G20 Rio de Janeiro Leaders' Declaration](#) 

## Berichte und Studien

---

### UNICEF: zur Lage der Kinder der Welt 2024 – die Zukunft der Kindheit in einer sich ändernden Welt

Der Schwerpunkt des diesjährigen UNICEF-Berichts ist die Zukunft der Kindheit. Drei Megatrends werden bis zum Jahr 2050 ausgemacht: Erstens würden Kinder 2050 nur einen kleinen Teil der Weltbevölkerung ausmachen. Zweitens werde die Zukunft der Kinder durch die Klima- und Umweltkrise herausgefordert, und zwar bereits heute, denn bereits jetzt würden jeden Tag etwa 20.000 Kinder durch Fluten und Stürme vertrieben werden, die durch den Klimawandel verstärkt worden seien. Drittens liefen wir Gefahr, dass das Leben der Kinder auch 2050 durch Krieg, Konflikt und Gewalt zerstört wird. Der Bericht wird ergänzt durch ein statistisches Kompendium mit Länderdaten zur gegenwärtigen Demografie und Kindersterblichkeit, zur Gesundheit von Müttern, Kindern und Heranwachsenden, zu HIV/AIDS, Ernährung, Bildung, Kinderschutz usw.

- [UNICEF: The State of the World's Children 2024 – The Future of Childhood in a Changing World](#) 
- [UNICEF: The State of the World's Children 2024 – Statistical Compendium](#) 

### WHO Europa: zunehmender Druck in der Schule und abnehmende Unterstützung durch die Familie

Laut einem neuen Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Erhebung zum Gesundheitsverhalten von Kindern im Schulalter (HBSC) sehen sich Jugendliche in ganz Europa, Zentralasien und Kanada mit zunehmendem Druck in der Schule und abnehmender Unterstützung durch Familie und Freunde konfrontiert. Die Ergebnisse, die auf den Daten von fast 280.000 Jugendlichen im Alter von 11, 13 und 15 Jahren aus 44 Ländern beruhen, weisen auf eine wachsende Krise des Wohlbefindens von Jugendlichen hin, wobei Mädchen und wirtschaftlich benachteiligte Jugendliche am stärksten betroffen seien.

- [WHO Europe: A focus on adolescent social contexts in Europe, central Asia and Canada](#) 

### OECD: PISA-Strategien zur Motivation benachteiligter Schüler:innen

Dieser PISA-Band unterstreicht die Notwendigkeit gezielter Maßnahmen zur Förderung der Motivation und der Fähigkeit zum lebenslangen Lernen bei allen Schüler:innen, insbesondere bei benachteiligten und leistungsschwachen Schüler:innen. Staaten wie Südkorea hätten die Angst vor der Mathematik abgebaut, Portugal punkte beim kritischen Denken, und in Costa Rica könnten mehr leistungsschwache Schüler:innen Online-Informationen sinnvoll bewerten. Dennoch hätten viele Schüler:innen in allen PISA-Ländern noch immer Probleme






mit der Motivation, der Angst und dem Vertrauen in ihre Fähigkeiten zum selbstgesteuerten Lernen. Nach wie vor bestünden sozioökonomische Ungleichheiten, die sich sowohl auf die Lernstrategien als auch auf das Selbstvertrauen auswirkten.

- [OECD: PISA 2022 Results, Volume V](#) 

## Eurobarometer und FRA/Eurostat/EIGE: neue Umfragedaten zur Gewalt gegen Frauen

Zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen hat die EU entsprechende neue Umfrageergebnisse veröffentlicht. Das Eurobarometer befragte in diesem Jahr repräsentativ 25.835 Erwachsene in allen Mitgliedstaaten. 72 % der Befragten stimmen nicht der Meinung zu, dass Frauen häufig Missbrauchs- oder Vergewaltigungsvorwürfe erfinden oder übertreiben würden. 92 % der Befragten in der EU halten es für inakzeptabel, wenn ein Mann seine Frau/Freundin gelegentlich ohrfeigt. 87 % der Befragten sind nicht der Meinung, dass häusliche Gewalt eine Privatangelegenheit sei und in der Familie behandelt werden solle.

Die EU Agency for Fundamental Rights (FRA), Eurostat und das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) haben eine Untersuchung veröffentlicht, in deren Rahmen 114.023 erwachsene Frauen in allen Mitgliedstaaten von 2020 bis 2024 mit unterschiedlichen Methoden befragt wurden. 18 Mitgliedstaaten hatten für die Studie neue Erhebungen durchgeführt, für die anderen Länder wurden andere Umfragen herangezogen. Laut der Studie hätten 13,5 % der Frauen in der EU in ihrem Leben körperliche Gewalt erfahren und/oder wurden von einem Täter mit körperlicher (aber nicht sexueller) Gewalt bedroht. 17,2 % hätten sexuelle Gewalt (einschließlich Vergewaltigung und anderer unerwünschter sexueller Handlungen) erlebt. Von den betroffenen Frauen hätten sich 20,5 % an einen Gesundheits- oder Sozialdienst gewandt, und 13,9 % hätten den Vorfall bei der Polizei gemeldet. Die Publikation gibt außerdem Zahlen zu den Anteilen von häuslichen Täter:innen und von Intimpartnern als Tätern an. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz hätten 30,8 % der beschäftigten Frauen in ihrem Leben erfahren, 27,2 % der Frauen durch einen männlichen Täter.

- [Eurobarometer: Flash Eurobarometer survey on violence against women](#) (mit nationalen Werten) 
- [FRA/Eurostat/EIGE: EU gender-based violence survey - Key results](#)  

## WHO: Bericht zur Bewegungsförderung in den EU-Mitgliedstaaten

Der Bericht verfolgt die Fortschritte in den Mitgliedstaaten der EU anhand bestimmter Länderprofile. Das Ziel besteht darin, die Initiativen zur Förderung der körperlichen Bewegung zu beschreiben, die sich an bestimmte Gruppen wie Kinder, Erwachsene und ältere Menschen richten und verschiedene Bereiche wie Gesundheit oder Bildung umfassen. Anhand von 23 Indikatoren, mit denen die Fortschritte gemessen wurden, zeigt der Bericht eine deutliche Verbesserung zwischen den Jahren 2015 und 2024. Der durchschnittliche Prozentsatz der von den Mitgliedstaaten erreichten Indikatoren sei von 64,7 % im Jahr 2015 auf 81,8 % im Jahr 2024 gestiegen, was die zunehmenden Anstrengungen zur Förderung der Gesundheit auf nationaler Ebene verdeutliche.

- [WHO: Health-enhancing physical activity in the European Union, 2024](#) 

## ECDC: EU verfehlt Ziele beim Antibiotikaverbrauch

Der Antibiotikaverbrauch für medizinische Zwecke ist in der EU von 2019 bis 2023 um 1 % gestiegen. Laut einem neuen Bericht des ECDC (Europäisches Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten) gefährde dies die Fortschritte bei der Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen und verfehle das für 2030 gesetzte Reduktionsziel.

- [ECDC: Antimicrobial consumption in the EU/EEA \(ESAC-Net\) - Annual Epidemiological Report for 2023](#) 

## Studien von OECD und Gewerkschaftsverband: zu wenig Pflegekräfte, zu wenig Bezahlung

Die OECD hat in einem neuen Bericht zu den Gesundheitssystemen in Europa festgestellt, dass in diesem Bereich 1,2 Millionen Arbeitskräfte fehlen. Eine Studie des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den öffentlichen Dienst (EGÖD) ergab, dass Pflegekräfte in Europa häufig keinen angemessenen Lohn erhalten und immer mehr Aufgaben übernehmen. Hierbei bestünden große Unterschiede zwischen den 15 untersuchten Ländern – so betragen beispielsweise in Norwegen die Entgelte pro Stunde ein Mehrfaches dessen in Rumänien.

- [OECD: Health at a Glance – Europe 2024](#) 
- [European Federation of Public Service Unions \(EPSU\): Wage Watch](#) 

## Studie zu Empfehlungen für Rentenreformen: finanzielle Nachhaltigkeit über alles?

Autoren von Instituten der Universitäten Stockholm und Helsinki haben 438 Empfehlungen für Rentenreformen in der EU untersucht, die zwischen 2011 und 2023 vorgeschlagen wurden. Die Studie analysiert, wie diese Empfehlungen mit den Zielen finanzielle Nachhaltigkeit, angemessener Lebensstandard und Modernisierung sowie Geschlechtergerechtigkeit übereinstimmen. Die Ergebnisse zeigen, dass 70 % der Empfehlungen den Fokus auf finanzielle Nachhaltigkeit legten, während die soziale Nachhaltigkeit oft zu kurz komme. Die Untersuchung ist im Journal of Common Market Studies erschienen.

- [Jan Helmdag und Niko Väänänen: Financial Sustainability Above All Else?](#)  

## OECD: Familienmigration spielt in der gegenwärtigen Migration eine große Rolle

Der größte Teil des Anstiegs der dauerhaften Migration im Jahr 2023 ist laut einem neuen OECD-Bericht auf die Familienmigration zurückzuführen (+18 %). Die dauerhafte Migration in OECD-Länder erreichte 2023 mit 6,5 Millionen Migrant:innen einen neuen Rekord. Auch die humanitäre Migration (+20 %) hätte zugenommen. Ebenso sei die Zahl der temporären Migrant:innen und Asylsuchenden stark angestiegen. Zum ersten Mal übertraf die Zahl der Asylanträge in den Vereinigten Staaten (mehr als eine Million) die der europäischen OECD-Länder zusammengenommen. Viele OECD-Länder seien mit einem weit verbreiteten Arbeitskräftemangel und zunehmenden demografischen Veränderungen konfrontiert. Die wachsende Zahl von Arbeitsmigrant:innen habe zu einem anhaltenden Wirtschaftswachstum beigetragen, so die OECD.

- [OECD: International Migration Outlook 2024](#) 



## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. Dezember 2024	<a href="#">World AIDS Day</a>	UN, UNAIDS, WHO, Deutsche AIDS-Stiftung
3. Dezember 2024, Brüssel	<a href="#">Social Europe Conference: Civil society in the European Semester – road to a more democratic and social cycle</a>	SOLIDAR
3. Dezember 2024	<a href="#">International Day of Persons with Disabilities: Amplifying the leadership of persons with disabilities for an inclusive and sustainable future</a>	UN
4. Dezember 2024, Brüssel	<a href="#">A principled approach – How can we help young people to thrive and be safer online?</a>	Euractiv
10. Dezember 2024	<a href="#">Tag der Menschenrechte</a>	UN, <a href="#">Europarat</a>
10. Dezember 2024	<a href="#">International Migrants Day</a>	UN
21. Januar 2025, online	<a href="#">COFACE working group on work-life balance</a>	COFACE
30. Januar 2025, Freiburg	<a href="#">Auf dem Weg zur Autonomie? Kinder im öffentlichen Raum: zwischen Risiko, Schutz und Emanzipation</a>	Pro Familia Schweiz und Universität Freiburg
6.-7. Februar 2025, Malta	<a href="#">1st International Conference on Strong Blended Families</a>	The Malta Foundation for the Wellbeing of Society und University of Malta
6.-8. März 2025, Wuppertal	<a href="#">30. Jahrestagung der GAIMH – Gemeinsam stark: Förderung von Bindung und Autonomie</a>	German Speaking Association for Infant Mental Health
17.-19. Juni 2025, Bristol	<a href="#">First International Child and Family Conference</a>	University of Bristol, UK

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der

Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: [www.ag-familie.de](http://www.ag-familie.de)  
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:

